

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Erstes Kapitel: Einführung in das Thema und Problemaufriss	25
A. Anlass der Untersuchung	25
B. Die verbindliche Auskunft als Kernstück dieser Arbeit	26
I. Die Wesensmerkmale einer verbindlichen Auskunft	27
II. Die Erforderlichkeit einer verbindlichen Auskunft	32
1. Die zunehmende Komplexität der Rechtsordnung als Ausgangspunkt	32
2. Die Folgen der zunehmenden Komplexität	34
III. Die Vorzüge einer verbindlichen Auskunft	36
IV. Die bisherige Behandlung der Thematik in Rechtsprechung und Literatur	39
V. Einengung und Fokussierung des Untersuchungsgegenstands	44
C. Abgrenzungen	45
I. Die öffentliche Einsicht in Dokumente und Akten zur Erlangung vorhandener Informationen (sog. Tatsachenauskunft)	46
1. Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern	48
2. Umweltinformationsgesetze von Bund und Ländern	53
II. Die Auskunftspflicht und Beratungspflicht der Verwaltung nach § 25 Abs. 1 VwVfG	54
III. Die erweiterte Beratungspflicht der Verwaltung nach § 25 Abs. 2 VwVfG	60
IV. Der Auskunftsanspruch im Sozialverwaltungsrecht nach § 15 SGB I	62
V. Die verbindliche Zusage nach § 204 AO	65
VI. Die Erörterung	68
VII. Die tatsächliche Verständigung zur Bewertung vergangener Sachverhalte	69
VIII. Verwaltungserklärung in Gestalt einer einfachen verwaltungsrechtlichen Willenserklärung	72
IX. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	75

X. Informelles Verwaltungshandeln	77
D. Gang der Untersuchung	81
Zweites Kapitel: Die verbindliche Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO	84
A. Entstehungsgeschichte	86
B. Rechtsnatur der verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO	92
I. Regelung eines Einzelfalls	95
II. Finale Außenwirkung	97
III. Der Verwaltungsakttypus der verbindlichen Auskunft	98
1. Befehlender VA	99
2. Gestaltender VA	99
3. Feststellender VA	100
C. Tatbestandsmerkmale und Rechtsfolgende	102
I. Zuständigkeit für die Erteilung verbindlicher Auskünfte	103
II. Form und Inhalt des Antrags	108
1. Sachverhaltsdarstellung	110
2. Auskunftsinteresse des Steuerpflichtigen	114
3. Darlegung des Rechtsproblems	118
a) Das erforderliche Maß der „Streitigkeit“ einer Rechtsfrage	119
b) Abgrenzung zwischen Tatsachen- und Rechtsfragen	121
III. Pflichten der Finanzverwaltung	122
IV. Ausschlussgründe	123
V. Ermessensentscheidung	128
VI. Wirksamkeit und Bindungswirkung einer erteilten verbindlichen Auskunft	130
VII. Entfall der Bindungswirkung	134
1. Rechtswidrigkeit der erteilten verbindlichen Auskunft	135
2. Zwischenzeitliche Änderung der Sach- und Rechtslage	136
3. Korrektur einer erteilten verbindlichen Auskunft nach den allgemeinen Vorschriften der AO	140
D. Gebührenpflicht	141
I. Entstehung und Fälligkeit der Gebühr	143
II. Berechnung der Gebühr	146
1. Die Gebührenberechnung nach dem Gegenstandswert	147
2. Die Gebührenberechnung nach dem Zeitwert	150

3. Probleme bei der konkreten Berechnung	153
a) Probleme bei der Berechnung auf Grundlage des Gegenstandswerts	153
b) Probleme bei der Berechnung auf Grundlage des Zeitwerts	155
III. Nichtanfall der Gebühr	157
1. Ausnahmen von der Gebührenpflicht	157
2. Gebührenbefreiungstatbestände	158
IV. Möglichkeiten der Gebührenreduzierung	159
1. Rücknahme des Antrags durch den Antragssteller	159
2. Erlass aus Billigkeitsgründen	161
V. Die Gebührenpflicht verbindlicher Auskünfte – eine Einnahmenmaximierung wider dem Grundgesetz?	163
1. Die Rechtfertigung der Gebührenpflicht	163
2. Die Kritik an der Gebührenpflicht	167
3. Eigene Stellungnahme	172
a) Der Grundsatz der Beständigkeit und Berechenbarkeit des Rechts	175
b) Die Beratungs- und Fürsorgepflicht der Finanzverwaltung	176
c) Der Anspruch auf ein faires Verwaltungsverfahren	178
4. Zwischenergebnis	179
E. Rechtsschutz	180
I. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren	180
II. Gerichtliches Primärrechtsschutzverfahren	181
1. Der Gerichtszugang	182
a) Klagearten im Hauptsacheverfahren	183
b) Die einstweilige (Regelungs-)Anordnung nach § 114 Abs. 1 S. 2 FGO	187
2. Die gerichtliche Kontrolldichte	190
a) Auffassung der Rechtsprechung	190
b) Auffassung der Literatur	193
c) Eigene Stellungnahme	195
aa) Die beschränkte Inhaltskontrolle aus der gesamtsystematischen Perspektive der Auskunftsansprüche im Steuerrecht	195
bb) Die beschränkte Inhaltskontrolle vor dem Hintergrund der Garantie effektiven Rechtsschutzes aus Art. 19 Abs. 4 GG	198
cc) Die Intention des Gesetzgebers	202

d) Zwischenergebnis	202
III. Gerichtliches Sekundärrechtsschutzverfahren	204
1. Schadensersatzansprüche aus Amtshaftung	205
a) Rechtswidrige Ablehnung der Auskunftserteilung	205
b) Verzögerung der Antragsbearbeitung und Bescheidung	206
c) Erteilung einer rechtswidrigen Auskunft	207
d) Begrenzung des Schadensersatzanspruchs durch Mitverschulden	209
2. Folgenbeseitigungsanspruch	210
a) Auffassung der Rechtsprechung	214
b) Eigene Stellungnahme	214
3. Exkurs: Ansprüche gegen den (Steuer-)berater bei Nichtnennung auf die Möglichkeit der Beantragung einer verbindlichen Auskunft	216
F. Ergebnis	219
 Drittes Kapitel: Der Bauvorbescheid im Bauordnungsrecht der Länder – dargestellt am Beispiel von § 73 Abs. 1 S. 1 NBauO	 223
A. Entstehungsgeschichte und Wesensmerkmale	224
B. Rechtsnatur des Bauvorbescheids nach § 73 Abs. 1 S. 1 NBauO	227
I. Zusicherung	229
II. Vorläufiger VA	233
III. Teilgenehmigung	235
IV. Vorbescheid	237
C. Tatbestandsmerkmale und Rechtsfolgende	239
I. Die Tatbestandsseite des Bauvorbescheids nach § 73 Abs. 1 S. 1 NBauO	240
1. Form und Inhalt des Antrags	240
a) Stellung konkreter Rechtsfragen	241
b) Beibringung von Bauvorlagen	244
2. Sachbescheidungsinteresse	246
3. Ausschluss- und Ablehnungsgründe	248
4. Zeitliche Vorgaben	250
5. Pflichten der Baugenehmigungsbehörde	252
II. Rechtsfolge: gebundene Entscheidung	253
D. Gebührenpflicht	263

E. Rechtsschutz	264
I. Gerichtliches Primärrechtsschutzverfahren	266
1. Der Rechtsschutz von Dritten gegen den Bauvorbescheid nach § 73 Abs. 1 S. 1 NBauO	267
2. Die gerichtliche Kontrolldichte	275
II. Gerichtliches Sekundärrechtsschutzverfahren	277
1. Rechtswidrige Ablehnung der Erteilung eines Bauvorbescheids	279
2. Verzögerung der Antragsbearbeitung und Bescheidung	282
3. Erteilung eines rechtswidrigen Bauvorbescheids	286
4. Begrenzung des Schadensersatzanspruchs durch Mitverschulden	288
F. Ergebnis	291
 Viertes Kapitel: Vergleich: Gemeinsamkeiten und Unterschiede von verbindlicher Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO und Bauvorbescheid nach § 73 Abs. 1 S. 1 NBauO	 294
A. Gemeinsamkeiten	295
I. Bestehen eines gebundenen Rechtsanspruchs	295
II. Bindungswirkung – Entstehung	297
III. Gebührenpflichtigkeit	298
IV. Primärrechtsschutz	299
V. Sekundärrechtsschutz	299
B. Unterschiede	301
I. Antragsvoraussetzungen	302
II. Gebührenberechnungsmodell	305
III. Gerichtliche Kontrolldichte	307
IV. Bindungswirkung – Zeitliche Vorgaben	308
V. Entfall der Bindungswirkung	310
VI. Einengung des Anwendungsbereichs	314
C. Ergebnis	316
 Fünftes Kapitel: Die verbindliche Auskunft im allgemeinen Verwaltungsrecht	 318
A. Einleitung und Hinführung	318
B. Rechtsnatur der verbindlichen Auskunft im allgemeinen Verwaltungsrecht	323

C. Exkurs: Die verbindliche Auskunft außerhalb gesetzlicher Normierung	327
I. Das Recht zur Erteilung verbindlicher Auskünfte	328
1. Dogmatische Anknüpfung	328
a) Kein explizites gesetzliches Verbot	329
b) Als Annexkompetenz	330
2. Kein entgegenstehender Vorbehalt des Gesetzes	332
a) Der allgemeine grundrechtliche Gesetzesvorbehalt	333
b) Die Wesentlichkeitstheorie des BVerfG	338
II. Herleitung einer Verpflichtung zur Erteilung verbindlicher Auskünfte	343
1. Grundrechte	344
2. Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG)	350
3. Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG)	350
III. Zwischenergebnis	352
D. Die verbindliche Auskunft auf gesetzlicher Grundlage de lege ferenda – Rechtspolitische Erwägungen	354
I. Tatbestandsmerkmale und Rechtsfolgenseite	355
1. Form und Inhalt des Antrags	356
2. Das berechnigte Interesse	359
a) Die Rechtsunsicherheit als Ausgangspunkt	360
b) Die erhebliche Bedeutung aus wirtschaftlicher Sicht als (zusätzlicher) Bestandteil des berechtigten Interesses?	361
c) Kein fehlendes Sachbescheidungsinteresse	362
3. Ausschluss- und Ablehnungsgründe	364
4. Rechtsfolge: gebundene Entscheidung in schriftlicher Form	366
II. Gebührenpflicht	371
1. Gebührenerhebung dem Grunde nach	372
2. Wahl eines Berechnungsmodells – Gegenstandswert oder Zeitwert?	373
a) Anforderungen aus dem Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG)	375
b) Die Zeitwertberechnung als Präferenzmodell	377
III. Ein konkreter Entwurfsvorschlag für eine gesetzliche Regelung	381
IV. Schlussbetrachtungen	387

Sechstes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit in Thesen	389
A. Einführung und Problemaufriss (Kapitel 1)	389
B. Die verbindliche Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO (Kapitel 2)	390
C. Der Bauvorbescheid nach § 73 Abs. 1 S. 1 NBauO (Kapitel 3)	395
D. Gemeinsamkeiten und Unterschiede (Kapitel 4)	398
E. Die verbindliche Auskunft im allg. Verwaltungsrecht (Kapitel 5)	399
Literaturverzeichnis	405